

MARKUS HÜMPFER IN BERLIN

MÄRZ 2024



NEWSLETTER

FROHE OSTERN

Liebe Leserinnen und Leser,

der Frühling ist eine Zeit des Neubeginns und der Erneuerung, eine Jahreszeit, die uns nicht nur durch blühende Landschaften und die ersten warmen Sonnenstrahlen erfreut, sondern auch eine symbolische Bedeutung für unsere Arbeit und Ziele in der Politik trägt.

In der Politik, wie im Zyklus der Jahreszeiten, gibt es Zeiten des Säens und des Erntens. So wie die Natur jetzt zu neuem Leben erwacht, setzen wir uns dafür ein, frische Ideen und Projekte zu fördern, die das Wohl unserer Gesellschaft zum Ziel haben. Ein Beispiel für diese Bemühungen ist das kürzlich verabschiedete Wachstumschancengesetz, welches darauf abzielt, Investitionen, Innovationen und nachhaltige Entwicklung zu stärken, um so den Grundstein für eine blühende und zukunftsfähige Wirtschaft zu legen.

Dieser Frühling symbolisiert unsere Hoffnung und unseren Einsatz für eine Gesellschaft, in der soziale Gerechtigkeit, nachhaltige Entwicklung und ein solidarisches Miteinander im Zentrum stehen. Lasst uns gemeinsam die Chancen nutzen, die dieser Neubeginn bietet, um politische Weichen für eine lebenswerte Zukunft zu stellen.

Euer Markus

BILD DES MONATS

Am 8. März war Internationaler Frauentag. Wir setzen uns in der Ampel für eine ambitionierte Gleichstellungspolitik ein – im Job, in der Familie und in der reproduktiven Selbstbestimmung.

Weltweit und auch hierzulande benötigen Frauen mehr Schutz gegen Gewalt. Jede Frau soll selbst bestimmen können, ob sie ein Kind bekommen möchte. Deshalb prüfen wir, welche Möglichkeiten es gibt, Schwangerschaftsabbrüche außerhalb des Strafgesetzbuches zu regeln.

Außerdem werden wir das Entgelttransparenzgesetz verbessern. Denn Frauen haben das Recht auf gleichen Lohn für gleiche Arbeit!





DAS GENERATIONENKAPITAL

Das Projekt "Generationenkapital" ist ein innovativer Ansatz zur Sicherung unserer Rentensysteme und zielt darauf ab, einen Kapitalstock aufzubauen, der aus öffentlichen Mitteln finanziert wird. Die daraus resultierenden Erträge sollen langfristig dazu beitragen, die Rentenbeiträge zu stabilisieren und insbesondere die jüngere Generation finanziell zu entlasten. Dies ist eine direkte Antwort auf die Herausforderungen, die der demografische Wandel für unser Rentensystem mit sich bringt, indem es eine ergänzende Finanzierungsquelle zur traditionellen umlagefinanzierten Rente schafft.

Ein entscheidender Vorteil des Generationenkapitals ist die zusätzliche Unterstützung der gesetzlichen Rentenversicherung durch Kapitalerträge, die an den Aktienmärkten erwirtschaftet werden. Angesichts des steigenden Anteils von Rentnern im Verhältnis zur erwerbstätigen Bevölkerung und der damit verbundenen Belastung für die Beitragszahler bietet das Generationenkapital einen nachhaltigen Ansatz zur Entlastung sowohl der Beitragszahler als auch des Bundeshaushalts.

Die Verwaltung des Kapitalstocks soll zunächst von einer professionellen Institution übernommen werden, die bereits Erfahrung mit globalen Kapitalanlagen und der Berücksichtigung von Nachhaltigkeitskriterien hat. Dies stellt sicher, dass der Kapitalstock effizient und verantwortungsbewusst investiert wird, um die besten Erträge zu generieren.

Das Generationenkapital steht beispielhaft für unser Engagement als SPD, Generationengerechtigkeit zu fördern und die Zukunft der Rente in Deutschland zu sichern. Es zeigt, wie innovative Lösungen und vorausschauendes Handeln dazu beitragen können, die finanzielle Nachhaltigkeit der Rentenversicherung zu verbessern und eine faire Lastenverteilung zwischen den Generationen zu gewährleisten.

MEINE MEINUNG ZUR CANNABIS-LEGALISIERUNG

Das verabschiedete Cannabisgesetz stellt einen historischen Schritt in unserer Drogenpolitik dar und erlaubt Erwachsenen ab dem 1. April 2024 den Besitz von bis zu 50 Gramm Cannabis im privaten Raum und bis zu 25 Gramm im öffentlichen Raum erlaubt.

Diese Gesetzesänderung zielt darauf ab, den Konsum und Besitz von Cannabis zu entkriminalisieren und einen regulierten Markt zu schaffen, der sowohl den Verbraucherschutz als auch den Jugendschutz stärkt.

Das Gesetz erlaubt zudem den privaten und gemeinschaftlichen nicht-gewerblichen Anbau von Cannabis in Anbauvereinigungen, was den illegalen Schwarzmarkt eindämmen und den Konsumentenschutz durch kontrollierte Qualität verbessern soll. Darüber hinaus führt das Gesetz strenge Regelungen ein, wie den Konsum in öffentlichen Bereichen und in der Nähe von Schulen und Kindergärten zu beschränken, um den Schutz unserer Jugend zu gewährleisten.

Ein wesentlicher Bestandteil des Gesetzes ist die Stärkung der Präventionsarbeit, insbesondere unter Kindern und Jugendlichen, um den Einstieg in den Cannabiskonsum zu verhindern und gesundheitliche Risiken zu minimieren. Durch die Legalisierung und Regulierung von Cannabis haben wir nun die Möglichkeit, fundierte Aufklärungs- und Präventionsprogramme zu entwickeln, die auf wissenschaftlichen Erkenntnissen basieren und nicht auf einer Politik der Angst und Stigmatisierung.

Es ist wichtig zu betonen, dass das Gesetz einen verantwortungsvollen Umgang mit Cannabis fördert und keineswegs den Konsum anregen möchte. Vielmehr soll es zu einem verbesserten Gesundheitsschutz, der Reduzierung der Kriminalität und einem effektiveren Kinder- und Jugendschutz beitragen. Die Entscheidung zur Legalisierung und Regulierung von Cannabis wurde nach sorgfältiger Abwägung der Vor- und Nachteile getroffen, unter Berücksichtigung internationaler Erfahrungen und wissenschaftlicher Erkenntnisse.

Das Cannabisgesetz markiert einen paradigmatischen Wandel in der Drogenpolitik Deutschlands, der auf den Grundsätzen von Aufklärung, Prävention und Schutz basiert.



UNSER INDUSTRIESTANDORT BRAUCHT MEHR ZUKUNFTS- INVESTITIONEN

Als SPD-Bundestagsabgeordneter möchte ich eine andere Perspektive zur aktuellen Debatte um Schweinfurts Wirtschaftslage bieten. Entgegen der Kritik, die Bundesregierung belaste mit Bürokratie und verfehlter Wirtschaftspolitik die Industrie, betone ich die positiven Schritte zur Unterstützung der Wirtschaft. Das Wachstumschancengesetz, trotz Widerstands der CDU/CSU, entlastet Unternehmen mit 3,2 Milliarden Euro durch steuerliche Anreize für Investitionen. Zusätzlich fördert das Bürokratieentlastungsgesetz den Abbau von Bürokratie.

Ich bin überzeugt, dass der Schlüssel zur Stärkung des Industriestandorts Schweinfurt in Zukunftsinvestitionen liegt. Dank der Zusammenarbeit mit Gewerkschaften sehe ich positive Entwicklungen: Der Ifo-Geschäftsklimaindex zeigt eine aufhellende Stimmung, und ich erkenne das "Licht am Ende des Tunnels". Die Wirtschaft erholt sich, was durch einen stabilen Arbeitsmarkt und steigende Konsumlust sichtbar wird.

Ich kritisiere daher die Tendenz, die deutsche Wirtschaft negativ darzustellen stark und lehne Forderungen nach längeren Arbeitszeiten ab. Politik sollte sich nicht in Tarifverhandlungen einmischen, sondern gute Arbeitsbedingungen für eine zukunftsfähige Wirtschaft fördern. Ich bin fest davon überzeugt, dass unsere Maßnahmen die Wirtschaft und Schweinfurt als Industriestandort stärken werden.

Mehr dazu könnt Ihr im aktuellen Artikel der [Main Post](#) lesen!

JETZT BEWERBEN: GIRLS DAY 2024 IM WAHLKREISBÜRO SCHWEINFURT

Wie sieht der Arbeitstag eines Politikers aus? Und was hat Politik eigentlich mit mir zu tun? Diese Fragen können Schülerinnen (16-18 Jahre) meinem Team und mir persönlich stellen. Am 25. April 2024 findet der bundesweite Girls´ Day statt und ich lade Euch ein, einen Tag lang einen Einblick in meinen Politikalltag als Bundestagsabgeordneten zu bekommen.

Der Girls´ Day leistet einen wichtigen Beitrag für mehr Chancengerechtigkeit von Mädchen und Frauen in der Ausbildung und im Erwerbsleben. Auch in der Politik sind Frauen noch immer unterrepräsentiert

Am 25. April 2024 habt ihr die Möglichkeit bei meinem Team im Wahlkreisbüro in Schweinfurt die Arbeit eines Abgeordneten kennenzulernen und bekommt einen Einblick in unsere Social-Media- und Öffentlichkeitsarbeit, die Terminkoordination und die alltägliche Büroarbeit. Außerdem könnt ihr mir bei einem Gespräch all Eure Fragen stellen.

Ich freue mich Euch vor Ort Einblicke in meinen Alltag als Abgeordneter geben zu dürfen. Eure kurze Bewerbung mit Name, Schule und Motivationsschreiben könnt ihr an markus.huempfer@bundestag.de schicken.

ZU BESUCH BEI ALDI IN NIEDERWERN

Am 26. März waren wir zu Besuch in der neu gebauten Aldi Süd-Filiale in Niederwerrn, um über den Ausbau der Schnelllade-Infrastruktur zu reden. Zusammen mit dem 2. Bürgermeister Thomas Wohlfahrt und den Verantwortlichen von Aldi Süd haben wir die Herausforderungen und die Potenziale für weitere Ladesäulen besprochen. Aldi Süd hat schon jetzt das größte Schnelllade-Netz aller Einzelhändler in Deutschland und setzt dabei auf preiswerte und schnelle Lade-Möglichkeiten während des Einkaufens kombiniert mit PV-Anlagen auf den Filial-Dächern. Wir brauchen unbedingt mehr solche Konzepte, um eine gute Ladesäulen Infrastruktur in Deutschland aufzubauen.



UNSER KANDIDAT FÜR DAS EUROPAPARLAMENT: TANYEL TAS

Gerne möchte ich Euch Tanyel Tas, unseren Kandidaten für die Europawahl am 09. Juni 2024, vorstellen: Geboren 1989, lebt er mit seiner Familie in Schweinfurt und arbeitet seit 2005 bei Schaeffler. Als freigestellter Betriebsrat setzt er sich für die Belange der Beschäftigten ein. Neben seiner Arbeit engagiert er sich auch gewerkschaftlich, unter anderem als Leiter des IG Metall-Vertrauenskörpers und als Bildungsreferent für Betriebsräte.



Weitere Infos zu Tanyel und seinen politischen Zielen findet ihr auf seiner [Website](#).

HERZLICHE EINLADUNG

16.04.2024 18:30 Uhr	"Die Zukunft des Heizens" im AWO Heim Gochsheim
19.04.2024 ab 15:00 Uhr	Bürgersprechstunde im Wahlkreisbüro Schweinfurt
20.04.2024 ab 11:55 Uhr	Demo gegen Rechts am Marktplatz Schonungen
20.04.2024 ab 18:00 Uhr	Wahlkampfauftakt zur Europawahl in der Kolping-Akademie Würzburg
27.04.2024 ab 15:00 Uhr	Frühjahrsempfang im Bürgerhaus Schwebheim

BÜRGERGELD-MYTHEN UND WAS DAHINTER STECKT TEIL 2

Die Debatte um das Bürgergeld in Deutschland ist von verschiedenen Mythen und Missverständnissen geprägt. Bestimmte politische Gruppen und Persönlichkeiten tragen zur Verbreitung dieser Mythen bei und nutzen diese strategisch. Insbesondere wird die Kritik am Bürgergeld von der Union und der AfD angeführt. Aus ihrer Perspektive senkt das Bürgergeld die Motivation zur Arbeitsaufnahme und schafft Anreize zur Einwanderung in das deutsche Sozialsystem.

Solche Darstellungen und Mythen verzerren die Realität. Deshalb ist es wichtig mit Fakten aufzuklären. Im vorherigen Newsletter ging es um die Themen "Arbeit lohnt sich nicht mehr", "Bürgergeld ist höher als Rente" und "Migranten-Bürgergeld".

Mythos 4: Kündigung für Bürgergeld

Der Mythos, dass Personen ihren Job kündigen, um Bürgergeld zu beziehen, wird durch die tatsächlichen Regelungen widerlegt. Tatsächlich führt eine solche Kündigung zu Rückforderungen und Leistungskürzungen, womit der Anreiz zur Eigenkündigung stark minimiert wird. Zudem ist das Arbeitsamt in der Nachweispflicht, was die Durchsetzung erschwert. Ab 2024 greifen schneller Sanktionsregelungen bei Nicht-Kooperation, wobei Kürzungen auf maximal 30% begrenzt sind, was die Kooperationsrate hoch und Sanktionen selten macht. Dies unterstreicht das Ziel des Bürgergelds, eine Kooperation und langfristige Eingliederung in den Arbeitsmarkt zu fördern, anstatt Arbeitsaufgabe zu belohnen.

Mythos 5: Sozialbetrug von Ukrainern durch Scheinadressen

Die Sorge um Sozialbetrug durch Scheinadressen unter ukrainischen Bürgergeldempfängern wird durch die Tatsache entkräftet, dass fast alle sich korrekt verhalten. Ukrainische Bürger müssen wie alle anderen auch die Voraussetzungen für das Bürgergeld erfüllen, was einen festen Wohnsitz und eine Aufenthaltserlaubnis einschließt. Einzelne Fälle von Scheinadressen, wie sie in Südbayern bekannt wurden, sind die Ausnahme und nicht die Regel. Überprüfungen und Datenabgleiche sorgen dafür, dass Unregelmäßigkeiten entdeckt und Rückforderungen gestellt werden.

Mythos 6: Extremfälle

Extremfälle, bei denen Bürgergeldempfänger sehr hohe Miet- oder Heizkosten erstattet bekommen, sind äußerst selten und treten nur unter besonderen Umständen auf. Jobcenter sind angehalten, die Kosten für Miete und Heizen so gering wie möglich zu halten, und hohe Ausgaben, wie z.B. für Heizöl, sind meist auf Marktpreise und nicht auf übermäßigen Verbrauch zurückzuführen. Diese seltenen Extremfälle dürfen nicht als repräsentativ für das gesamte Bürgergeldsystem angesehen werden, das darauf abzielt, eine Grundversorgung sicherzustellen und nicht luxuriöse Lebensverhältnisse zu finanzieren.

KONTAKT



Berliner Büro

E-Mail: markus.huempfer@bundestag.de

Telefon: 030 227 74340

Adresse:

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Schweinfurter Büro

E-Mail: markus.huempfer@bundestag.de

Telefon: 09721 9452400

Adresse:

Rückertstraße 18

97421 Schweinfurt



Für regelmäßige Einblicke folgt mir auf meinen [Social Media Kanälen!](#)